

27.03.2019

Kleine Anfrage 2224

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

Bei Ford in Köln droht tausendfacher Stellenabbau. – Was tut die Landesregierung?

Nach übereinstimmenden Medienberichten beabsichtigt der Automobilhersteller Ford bundesweit den Abbau von 5000 Stellen. Betroffen sind die Standorte Aachen, Saarlouis und Köln. Am größten Standort Köln sollen dabei 3800 Stellen gestrichen werden.

Seit Konrad Adenauer in seiner Funktion als Kölner Oberbürgermeister im Jahre 1929 die Ford Motor Company nach Niehl holte, ist der Autohersteller ein Teil des Rheinlands und Köln einer der führenden Automobilstandorte Deutschlands und Europas.

Generationen von Kölnern sind mit dem Unternehmen eng verbunden und nach neuesten Zahlen ist Ford der größte privatwirtschaftliche Arbeitgeber der Domstadt.

Seit 1998 ist Köln der Sitz von Ford of Europe, außerdem werden am Standort das Kleinwagenmodell Fiesta und die Einliter-EcoBoost-Motoren gebaut.

Die Ursachen für die schwierige Lage bei Ford sind vielschichtig und teilweise auch hausgemacht. Zweifelsohne spielen aber auch politische Faktoren eine Rolle.

Die automobil- und industriefeindliche Politik, die derzeit auf allen politischen Entscheidungsebenen forciert oder zumindest mitgetragen wird, macht einer Reihe von Autobauern zu schaffen. Volkswagen hat beispielsweise angekündigt, bis 2023 fünf- bis siebentausend Arbeitsplätze abzubauen.

Knapp 2 Millionen Arbeitsplätze sind deutschlandweit von der Automobilindustrie mittel- und unmittelbar abhängig, trotzdem wird der Kampf gegen den Individualverkehr und gegen Verbrennungsmotoren mit unverminderter Härte geführt.

Neben den automobilspezifischen Faktoren beeinflusst die Politik auch eine Reihe grundsätzlicher Standortfaktoren in Deutschland: So sind beispielsweise die Strompreise im internationalen Vergleich auf Rekordniveau. Auch die zahlreichen, teils exzessiven Umweltauflagen machen Unternehmern in Deutschland zu schaffen.

Datum des Originals: 27.03.2019/Ausgegeben: 28.03.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Schließlich spielt auch der bevorstehende Brexit eine wichtige Rolle. Kein deutscher Automobilhersteller exportiert mehr Fahrzeuge über den Kanal als Ford. Die harte Verhandlungslinie der EU gegenüber dem Vereinigten Königreich, von der deutschen Politik maßgeblich mitgetragen und befeuert, führt nun aber zur Gefahr eines „Hard Brexit“, also eines Austritts ohne Abkommen. Sollte Großbritannien in diesem Falle Importzölle auf deutsche Automobile erheben, wäre Ford besonders betroffen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Führt die Landesregierung Gespräche mit Ford, um einen Stellenabbau in Köln und Aachen zu verhindern oder zumindest möglichst gering zu halten?
2. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung im Allgemeinen, um Nordrhein-Westfalen als Standort für Industriebetriebe attraktiv zu halten?
3. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung, um die Auswirkungen eines „Hard Brexit“ für den Standort NRW möglichst gering zu halten?
4. Wie groß ist der Anteil der Ford-Fahrzeuge an der Fahrzeugflotte des Landes?
5. Wie beabsichtigt die Landesregierung, die sozialen Auswirkungen eines Stellenabbaus bei Ford abzufedern?

Sven W. Tritschler